

# Der Klima-Handel

Am Montag beginnt die Weltklimakonferenz in Bonn. Deutschland will sich dort als Vorreiter im Umweltschutz präsentieren. Doch es hat kaum eine Chance, seine selbst gesteckten Ziele zu erreichen. Die Große Koalition hatte hochfliegende Pläne für den Kohleausstieg – und ist spektakulär gescheitert. Wie konnte das passieren?



Von Marina Korbaki

**M**it jeder Stunde, die verstreicht, nimmt der Himmel draußen immer mehr das Trübgrau der Spree an. Drinnen, im Kaisersaal der Parlamentarischen Gesellschaft, steckt die Debatte um Deutschlands Beitrag zum Klimaschutz im Streit um Zahlen und Verben fest. Gereizte Stimmung. Die Köpfe reichen den Unterhändlern von Union, FDP und Grünen Kaffee, Saft und Kekse nach. Christian Lindner bestellt sich eine Cola Zero.

Der Parteichef der Liberalen hält zu einem Beitrag über das Wünschen aus. „Wünschenswert“ sei, dass Deutschland an seinem Klimaziel für das Jahr 2020 festhalte; es sieht die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 vor. Allerdings ließen sich aus Wünschen keine verbindlichen Maßnahmen zu deren Umsetzung ablei-

ten, sagt Lindner. Der Seitenhieb auf die Grünen-Forderung nach einem Kohleausstieg spornet ihn weiter an. Lindner blickt entschlossen zu den Grünen am anderen Tische. CDU-Ministerpräsident Armin Laschet nickt dem Liberalen gerade zu, als die Bundeskanzlerin das Wort ergreift. „Die Klimaziele stehen nicht zur Debatte“, sagt Merkel. Niemand widersetzt sich dem Ordnungsruf. Das Thema Klimapolitik bleibt ungeklärt.

Der Streit, der sich am Nachmittag dieses 26. Oktobers in der Parlamentarischen Gesellschaft aufbaut, sagt einiges über die schlechte Laune bei den Jaltaika-Verhandlungen. Doch er ist mehr als ein Stimmungsindektor: In der deutschen Klimapolitik passen Wunsch und Wirklichkeit schon lange nicht mehr zusammen. Nach außen werden große Ziele medienwirksam vereinbart, nach innen tun die Lobbyisten alles dafür, die Umsetzung dieser Ziele zu verhindern. Und wenn es passt, spielt die

Politik das Spiel mit. Vor zwei Jahren einigte sich die Weltgemeinschaft in Paris unter Tränen der Ergriffenheit darauf, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Unternommen wurde bisher nichts, um das Ziel zu erreichen. Nun soll sich die am Montag beginnende UN-Klimakonferenz in Bonn der Umsetzung widmen.

Dass ausgerechnet jetzt ein paar Autostunden entfernt in Berlin eine Debatte über die Verbindlichkeit von Klimazielen tobt, ist mindestens zeitlich unpassend. Man muss hoffen, dass die Delegation der dem Untergang geweihten Fidschi-Inseln, unter deren Präsidentschaft die Konferenz steht, die Sondierungen nicht so genau verfolgt. Denn Deutschland sieht sich zwar als Erfinder der Energie- und Vorreiter beim Klimaschutz – ist aber bislang vor allem Vorreiter bei der Ankündigung ehrgeiziger Absichten.

Vor fast genau zehn Jahren, im August 2009, blickt Angela Merkel

beeindruckt in die Weiten der Schneelandschaft Grönlands. Sie trägt eine rote Windjacke, neben ihr, im Partierock, SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel. „Ich glaube, dass vor uns für die Bekämpfung des Klimawandels sehr entscheidende Jahre liegen“, sagt die Kanzlerin seinerzeit. Aus Merkel wird die „Klimakanzlerin“. Wenige Monate später verkündet Gabriel beim Klimagipfel am palmengesäumten Strand von Bali das neue deutsche Klimaziel. Bis zum Jahr 2020 sind es noch 13 Jahre.

Fortan galt die Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent als gesellschaftlicher Konsens. Union und FDP verankerten das Ziel 2009 im Koalitionsvertrag, es gibt Fotos mit lächelnden Politikern bei der Bundespressekonferenz. Zwei Jahre später änderte selbst die Reaktorkatastrophe von Fukushima nichts an den Zielen. Doch im März 2011 stellte die schwarz-gelbe Regierung die Energiepolitik auf den Kopf. Deutschland zog den Atomausstieg vor und verschaffte damit der Kohle unerwartet neue Bedeutung. Doch die Klimaziele blieben. Wie beides zugleich gelingen sollte, blieb offen. Es waren ja noch neun Jahre Zeit.

Zu Beginn der Großen Koalition 2013 wissen Merkel und Gabriel, der mittlerweile ihr Vizekanzler ist, dass ihnen nur noch sieben Jahre bleiben, um die Klimaziele zu erreichen. Die neue Legislaturperiode ist die letzte Chance. Eines Tages wurden beide daran gemessen werden – Merksels Kanzlerschaft und Gabriels Zukunft. Der damalige SPD-Chef will sich als Macher der Energie- und Klimaschutzpolitik empfehlen. Dafür möchte er sich die Tür zu den Grünen offen halten. Gabriel stellt sich als Wirtschafts- und Energieminister ein Superressort zusammen und holt sich mit Rainer Baake und Matthias Machnig zwei gut vernetzte Staatssekretäre an die Seite, die wie er selbst früher für das Bundesumweltministerium arbeiteten. Baake ist Grüner durch und durch, ein Vordenker der Energie- und Klimaschutzpolitik.

Baake weiß, wo er ansetzen muss. Allein die Energiewirtschaft ist für 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Und der klimaschädlichste Energieträger ist die Braunkohle. Fast die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stromsektor gehen auf die Braunkohle zurück.

Weniger Strom aus Braunkohle bedeutet weniger Emissionen. Doch

die Gleichung birgt Risiken. Geht das, aus Atom- und Kohlestrom gleichzeitig auszusteigen, ohne Gefahr zu laufen, dass der Strom unzuverlässig und teuer wird? Und machen das auch die Menschen mit, die davon leben, dass aus Kohle Strom wird?

Baake will es versuchen. Seine Mission und Gabriels Ehrgeiz münden im „Klimaschutzbeitrag“. Die Idee dahinter: Von 2017 an sollen Stromkonzerne für ältere Kohlekraftwerke eine Abgabe entrichten, wenn diese zu viel Kohlendioxid ausstoßen. Ältere Anlagen würden so aus dem Markt gedrängt.

Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen – die Kohleländer werden kalt erwischt.

Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber schlägt am Morgen des 21. März 2015 die Zeitung auf und traut seinen Augen nicht, als er von den Plänen liest. Er fragt sich, wie sich nun ein Käufer für den Lausitzer Tagebau finden soll, den der schwedische Stromkonzern Vattenfall loswerden will.

In Düsseldorf lässt Landwirtschaftsminister Garret Duijn seine Leute durchrechnen, was der Klimaschutzbeitrag für das rheinische Braunkohlerevier bedeuten würde. Der mit den Grünen hart erregene Kompromiss zum unbefristeten Fortbestand des Braunkohletagebaus in Garzweiler II ist ja erst ein Jahr alt.

Bei Michael Vassiliadis, dem Chef der Gewerkschaft IG BCE, melden sich in Hannover besorgte Betriebsräte. Am 27. März Jahren Duijn, Gerber und Vassiliadis ins Bundeswirtschaftsministerium.

Nachdem um 14.30 Uhr die Tür von Gabriels Büro ins Schloss gefallen ist, blicken sich die Männer ernst an. Die Stimmung ist explosiv. Gabriel besteht auf den Klimazielen, er besteht auf der Abgabe. Es geht ja auch um seine Zukunft. Baake liefert die passenden Zahlen. Doch Duijn, Gerber und Vassiliadis bleiben hart. Vassiliadis spricht von Versorgungsgaps und steigenden Preisen. Gerber und Duijn warnen vor Tausenden Arbeitslosen und dem Niedergang ganzer Regionen. Es wird laut. Argumenten folgen Beschimpfungen. Duijn, Gerber

und Vassiliadis reisen ab. Per SMS, per Mail, am Telefon – Gabriel versucht auf allen Wegen, seine SPD-Kollegen auf Linie zu bringen, vergeblich. Auch bei Vassiliadis, der in engem Austausch mit den Stromkonzernen steht, prallt der Vizekanzler ab. „Der Gewerkschaftsboss zweifelt die Gutachten für die Klimaabgabe an. Wirklichkeitsfremde Szenarien und Parameter seien das. Nichts als Ideologie. Er versucht Gabriel davon zu überzeugen, dass die Klimaabgabe nicht bloß zur Schließung von Braunkohlekraftwerken führen werde, sondern auch zur Stilllegung angeschlossener Gruben, zu Arbeitslosigkeit. „Hör auf, das stimmt nicht“, ruft Gabriel.

Dann, an einem Frühlingsabend Anfang April, sagt Vassiliadis: „Meine Leute stehen.“

Es ist keine leere Drohung, wie sich drei Wochen später am 25. April 2015 zeigt. Die nicht als streekweitig bekannte IG BCE lässt 17.000 Kohlekumpel vom Wirtschaftsministerium zum Kanzleramt ziehen. „Keine Kohle, keine Arbeit, keine Zukunft“, heißt es auf den Transparenten, und: „Wir elektrisieren Deutschland.“

Parallel dazu bläst der Wirtschaftsflügel der Union im Bundestag zum Protest. Die Abgeordneten gesellen Gabriels Vorschlag als „absolut unterirdisch“. Sie schreiben mit der CDU geführten sächsischen Landesregierung Briefe ans Ministerium und, wirkungsvoller, an Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Derin warnen sie vor einem klimapolitisch wirkungslosen nationalen Alleingang und einer Gefährdung der energieintensiven Wirtschaft.

Der CDU-Energiepolitiker Joachim Pfeiffer kann sich noch heute über diesen „Schwachsinnsvorschlag“ in Rage setzen. „Glauben Sie ernsthaft, dass wir mit nationalen Maßnahmen die Welt retten?“, fragt Pfeiffer.

Weder die Kundgebung vor dem Kanzleramt noch der Druck aus demselben heraus bringen Gabriel zum Einlenken. Was ihn schließlich umstimmt, ist ein von Vassiliadis eingeholtes Gegenobjekt.

„Ich habe ganz kurz das Fenster geöffnet und die Realität reingelassen“, IG BCE-Chef Michael Vassiliadis. Foto: dpa



Eisschmelze auf Grönland; Kanzlerin Merkel und ihr damaliger Umweltminister Gabriel erklären 2007 den Klimaschutz zur Priorität. Foto: dpa



Mit aller Kraft; Bergbaumaschinen fördern im Tagebau Garzweiler bei Erkelenz in Nordrhein-Westfalen Braunkohle. Foto: dpa

